

3 Südkorea schließt Botschaft in Beijing

Nach Absprache mit dem Außenministerium in Seoul stellt die südkoreanische Botschaft in Beijing vorübergehend ab dem 9. Oktober ihren Geschäftsbetrieb ein, gab eine Botschaftssprecherin am 6. Oktober bekannt. Es sei den südkoreanischen Diplomaten aufgrund der großen Anzahl nordkoreanischer Flüchtlinge, die in der Vertretung beherbergt werden, nicht mehr möglich, ihren konsularischen Tätigkeiten nachzugehen. Antragssteller für Südkorea-Visa werden an das Konsulat in Shanghai verwiesen.

Derzeit sollen sich 113 Personen dauerhaft im Botschaftsgebäude befinden, dessen Kapazität aber lediglich für die Aufnahme von 60 Flüchtlingen ausgelegt ist. Insgesamt haben in diesem Jahr bereits ca. 500 Nordkoreaner die südkoreanische Vertretung in Beijing als ersten Anlaufpunkt für eine Ausreise nach Südkorea benutzt.

Die südkoreanischen Diplomaten wollen Beijing dazu bewegen, die Befragungen nordkoreanischer Flüchtlinge, die einer möglichen Weiterreise nach Südkorea vorausgehen, zu beschleunigen. Üblicherweise verbringen diese Asylsuchenden mehrere Monate in diplomatischen Vertretungen, bevor über ihre Ausreisearträge von chinesischer Seite entschieden wird. Vize-Außenminister Wang Yi sagte seinem südkoreanischen Amtskollegen Lee Soo-hyuck am Rande des ASEAN-Gipfeltreffens auf Bali am 7. Oktober schnelle Unterstützung zu; aufgrund von zu wenig Koreanisch sprechendem Personal kann aber eine zügigere Bearbeitung von Asylanträgen nicht garantiert werden. (IHT, 6.10.03; Radio Australia, 7.10.03, nach BBC PF, 7.10.03; Yonhap news agency, 7.10.03, nach BBC PF, 7.10.03) -fr-

Innenpolitik

4 Parteichef Hu Jintao ruft zu mehr Demokratie, Premier Wen Jiabao zu mehr marktwirtschaftlichen Reformen auf

Im Vorwege der dritten Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh (siehe dazu die nachfolgende Übersicht) rief Hu Jintao, Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, am 30. September in seiner Rede auf einer Sitzung des ZK-Politbüros in Beijing zu mehr Förderung der politischen Strukturreformen, zur Erweiterung der sozialistischen Demokratie und zur Verbesserung der sozialistischen Gesetzgebung auf. Die Bevölkerung solle verstärkt im Politikgeschehen mitwirken können und eine Garantie dafür erhalten, dass demokratische Wahlen im Sinne der Gesetzgebung abgehalten werden. Partei und Regierung haben mit ihrer Politik im Interesse des Volkes zu handeln und für die wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung zu sorgen.

Am selben Tag plädierte Ministerpräsident Wen Jiabao bei einem Empfang in- und ausländischer Gäste anlässlich des 54. Gründungstages der VR China ebenfalls in Beijing für mehr wirtschaftliches Wachstum und marktwirtschaftliche Reformen und hob die erfolgreiche Bekämpfung der SARS-Epidemie sowie das Erreichen der für 2003 gesteckten Ziele hervor. Auch er benutzte den Begriff Demokratie im sehr allgemeinen Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, der China bevorstehe.

Bereits drei Tage vorher, nämlich am 27. September, betonte Hu in Beijing vor einer Wirtschaftsdelegation aus Hongkong, dass die SVR Hongkong eine unersetzbare Position einnehme und Vorbildfunktion für den Modernisierungskurs in ganz China habe. Stabilität und demokratische Wahlen im Sinne des Hongkonger Grundgesetzes seien Voraussetzung für ein „Hongkong ohne Chaos“.

Hinter diesen vagen Andeutungen für mehr Demokratie ist keinesfalls eine Volksherrschaft im westlichen Sinne

oder gar die Zulassung einer politischen Opposition zu verstehen. Experten bringen Hu Jintaos Äußerungen mit mehr Hoffnung auf Pluralismus im Ein-Parteien-Staat und mit mehr demokratischen Ansätzen innerhalb der Partei in Verbindung, die seine Position in der KPCh stärken und legitimieren sollen. Auch solle die KPCh zukünftig glaubwürdiger und transparenter erscheinen und Korruption sowie Inkompetenz in der Partei besser bekämpfbar werden. (XNA, 30.9., 1.10.03; DGB, 29.9.03, nach FBIS, 29.9.03; FT, 2., 6., 14.10.03; IHT, 2.10.03; WSJ, 2.10.03) -cb-

5 Dritte Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh: mehr politische Reformen und wirtschaftliches Wachstum möglich?

Vom 11. bis 14. Oktober fand in Beijing die dritte Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) statt, die hohe Erwartungen an die neue Führungsmannschaft seitens des In- und Auslands stellte. Drei Hauptpunkte standen auf der Tagesordnung: erstens der Arbeitsbericht des Politbüros des ZK, zweitens Beratungen und Untersuchungen zur Verbesserung der sozialistischen marktwirtschaftlichen Strukturen sowie drittens Vorschläge zur Änderung von Teilen der Verfassung – die letzten beiden Punkte dabei für Beobachter von größerer Bedeutung. Diente jeweils die erste und zweite Plenarsitzung des XVI. ZK (siehe ausführlich dazu C.a., 2002/11, Ü 10, 2002/12, Ü 10 und 2003/2, Ü 7) zur Abwicklung und Regelung von Arbeitsweisen und Personalbelangen sowie von Verwaltungsreformen, sollte die dritte Plenarsitzung einen persönlichen Abdruck der Politikgestaltung der neuen Führungsriege hinterlassen. Diese hatte sich in der SARS-Krise – nach anfänglich eklatantem informationspolitischen Missmanagement – bei der Bekämpfung und mit dem Umgang der Folgen der Epidemie im Frühjahr und Sommer dieses Jahres bestens bewährt und viel Anerkennung bei der Bevölkerung erworben. Erwartet wird, dass sie sich auch für mehr Transparenz einsetzt und bei der Korruptionsbekämpfung gradlinig durchsetzt. Um im Vorwege der Sitzung für das Volk präsent zu

sein, führten Staatspräsident und Parteichef Hu Jintao, Ministerpräsident Wen Jiabao und der Stellvertretende Ministerpräsident Huang Ju Anfang Oktober Inspektionsreisen in die Provinzen Hunan, Hainan und Shandong durch und sprachen sich jeweils vor Ort für wirtschaftliches Wachstum aus.

Vor der Sitzung wurde von Analysten darüber spekuliert, ob – wie in der Vergangenheit bereits zweifach geschehen – diese Sitzung ebenfalls für Überraschungen sorgen würde. Auf den jeweils dritten Plenarsitzungen des XI. ZK (Dezember 1978) und des XIV. ZK (November 1993) begann China mit seinen Reformen bzw. einer neuen Phase der wirtschaftlichen Umstrukturierung.

Der Arbeits- und Rechenschaftsbericht des Politbüros, der von KP-Chef Hu Jintao verlesen wurde, markiert eine Neuerung in der Parteigeschichte, wurde er doch nach dem Vortragen im Namen des Politbüros zum ersten Mal vom Zentralkomitee intern diskutiert. Ob dies tatsächlich eine innerparteiliche Demokratisierungstendenz aufzeigt, wie Beobachter meinen, bleibt abzuwarten. Man sieht gute Chancen, dass Hu sich mit seinem Arbeits- und Führungsstil durchsetzen können wird (siehe auch die vorhergehende Übersicht).

Auf der dritten Sitzung seit dem Wechsel der Parteiführung billigte das ZK ein Dokument zur Verbesserung des Systems der „sozialistischen Marktwirtschaft“ sowie eine Verfassungsänderung. Die Beschlüsse werden dem Volkskongress im März 2004 vorgelegt. Zum Abschluss seiner viertägigen Sitzung in Beijing veröffentlichte das ZK eine Erklärung, nach der ferner mehr private Investitionen etwa in Infrastrukturvorhaben oder ins öffentliche Wohlfahrtswesen erlaubt werden sollen. Nichtstaatliche Unternehmen und private Unternehmer sollen bei Investitionen, der Kapitalbeschaffung, im Steuerwesen und der Landnutzung wie staatliche Betriebe behandelt werden. Auch soll das Privateigentum besser geschützt werden. Aktiengesellschaften als Hauptform des staatlichen Eigentums, mehr Investitionsmöglichkeiten für nichtstaatliches und privates Kapital sowie eine koordinierte Entwicklung der Landwirtschaft und der Industriebetriebe im Nordosten Chinas

– mit diesen Stichworten lässt sich der Kern der Beschlüsse umreißen.

Ökonomen und Wirtschaftsvertreter erwarten von diesen Beschlüssen deutliche Impulse für die Verbesserung des Systems der „sozialistischen Marktwirtschaft“ und für die systematische Vertiefung der wirtschaftlichen Reformprozesse in China. In den Beschlüssen der Tagung hieß es unter anderem, die Wirtschaft mit gemischten Eigentumsformen aus staatlichem, kollektivem und genossenschaftlichem sowie privatem Kapital müsse gefördert werden, um die „sozialistische Marktwirtschaft“ voranzubringen. Es gelte, die Investitionssubjekte zu diversifizieren und Aktiengesellschaften zur Hauptform des staatlichen Eigentums zu machen. Ende Oktober veröffentlichte die Nachrichtenagentur Xinhua die aus zwölf Teilen bestehenden Parteibeschlüsse zur Verbesserung des Systems der „sozialistischen Marktwirtschaft“ (zu den wirtschaftlichen Aspekten siehe die Übersicht in der Rubrik „Binnenwirtschaft“ in dieser Ausgabe).

Auf der dritten Plenarsitzung wurde Stellung zu der sich ständig weiterentwickelnden Privatwirtschaft in China genommen (siehe dazu auch Margot Schüller, „Chinas Privatunternehmen“, in: C.a., 2003/8, S.973-985). Der Zugang privaten Kapitals zu Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Angelegenheiten sowie in anderen Branchen und Gebieten, so weit diese nicht ausdrücklich per Gesetz oder gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich davon ausgeschlossen sind, müsse zugelassen werden. In den Bereichen Investitionen, Kapitalbeschaffung, Besteuerung, Bodennutzung und Außenhandel müssten private und kollektive sowie gemischte Betriebe den staatseigenen Betrieben gleichgestellt werden, hieß es in den Beschlüssen der Tagung.

Weiterhin, so das Kommuniqué, sei die Entwicklung in Stadt und Land umfassend zu planen. Dies gelte auch für die Entwicklung der Regionen sowie für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, von Mensch und Natur und nicht zuletzt für die Entwicklung Gesamtchinas. Weiter heißt es, bei der Reform der staatseigenen Betriebe müsse die Wirtschaft mit gemischten Eigentumsformen aus staatlichem, kollektivem und genossenschaftlichem sowie privatem Kapi-

tal besonders gefördert und müssten die Kontrollsysteme für das Staatsvermögen verbessert werden. Zudem sollten Unternehmen in die Rechtsform einer juristischen Person übergehen.

Fragen der Entwicklung auf dem Lande, der Landwirtschaft und der bäuerlichen Bevölkerung sowie der Beschäftigungspolitik und der Reform des Verwaltungssystems der Regierung gehörten ebenfalls zur Agenda der Plenarsitzung. Alle Rechte und Interessen der Bauern bei der vertragsgebundenen Bewirtschaftung des Bodens und der Geschäftstätigkeit seien rechtlich zu gewährleisten, die Unterstützung für die Landwirtschaft sei zu intensivieren.

Zur Beschäftigungspolitik heißt es, neue und erweiterte Beschäftigungsangebote müssten eine noch wichtigere Rolle bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung spielen und die Verteilung der Einkommen müsse intensiver geregelt werden. Es gelte, die zu große Kluft zwischen den Einkommen unterschiedlicher Schichten der Gesellschaft auszugleichen und beschleunigt ein System der sozialen Absicherung zu etablieren, das dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Gemeint ist, dass das große Gefälle zwischen reichen Küstenregionen und armem Hinterland ausgeglichen werden solle, um Unruhen in der Bevölkerung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ungerechte Einkommensverhältnisse spielen in China seit längerem eine große Rolle und werden aufgrund der abzusehenden noch weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit auch auf der Tagesordnung der parteistaatlichen Führung bleiben.

Weiterhin müssten die Reformmaßnahmen im staatlichen Verwaltungssystem intensiviert werden, was bedeutet, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten der Zentralregierung sowie der lokalen Regierungen und Behörden neu und effizienter geregelt werden sollen, um mehr Transparenz im Behördenschwung zu gewährleisten. Im Schwerindustriebereich sollen die alten Industrieprovinzen im Nordosten Chinas wiederbelebt und unterstützt werden.

Bemerkenswert ist schließlich noch, dass auf dieser Plenartagung ein Vorschlag des ZK zur teilweisen Abänderung der Verfassung überprüft und

angenommen wurde. In diesem Zusammenhang wurde die derzeit gültige Verfassung als eine „den Gegebenheiten des Landes entsprechende Verfassung“ bezeichnet. Veränderungen sollen den erreichten Stand und die sich abzeichnende weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung berücksichtigen. So sollten die auf dem XVI. Parteitag der KP China eingebrachten Theorien sowie wichtige Leitlinien der politischen Entwicklung in die Verfassung eingearbeitet werden, damit ihre Rolle und Funktion als grundlegendes Landesgesetz besser zur Entfaltung kommen könne.

Weitergehende Diskussionen zu politischen Reformen in Richtung Demokratie wurden allerdings nicht geführt. Damit hält die Parteiführung weiter an ihrem Reformkurs fest und fördert massiv die „sozialistische Marktwirtschaft“, die man nach diesen Beschlüssen getrost in Richtung des Begriffs „Kapitalismus“ deuten mag. Wirtschaftsreformen ja, politische Reformen nein – so könnte das Fazit lauten. So pauschalisierend lässt sich der Reformwille jedoch nicht polarisieren; Experten sehen innerhalb der Führungsriege durchaus eine Neigung hin zu mehr demokratischen Reformen. Ob die Führung die Aufgaben, die sie sich hier gestellt hat, so ohne Weiteres bewältigen können wird, muss sich erweisen; die Umsetzung dieser umfassenden Reformpläne wird sicherlich einige Jahre in Anspruch nehmen.

Im Mittelpunkt der viertägigen Sitzung des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (CPPCC), dem „linientreuen Einheitsfrontorgan der KPCh“, vom 17. bis 20. Oktober standen Beratungen zur Reform des sozialistischen Marktwirtschaftssystems sowie zu Veränderungen administrativer Kompetenzen, zur Entwicklung der Privatwirtschaft und zur Reform staatseigener Betriebe. Das beratende Gremium nahm damit die Inhalte der dritten Plenarsitzung des ZK voll in seine Diskussionen und Anregungen auf. (XNA, 26., 29.9., 6., 11., 14.10.03; Xinhua, 4., 5., 8., 11., 12., 14., 17., 19.10.03, nach BBC PF, 5., 6., 11., 12., 14., 16., 21., 22.10.03; SCMP, 11.10.03, nach BBC PF, 11.10.03; *China Radio International website*, 14., 15., 20.10.03; FT, 2., 6.10.03; *die tageszeitung*, 10., 15., 16.10.03; FAZ, 9.10.03) -cb-

6 Neue Korruptionsverdachtsfälle: Entlassung des Ministers für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen

Wie in den letzten Monaten bereits mehrfach in dieser Zeitschrift berichtet (vgl. C.a., 2003/8, Ü 9, 2003/7, Ü 9, 2003/5, Ü 16, 2003/3, Ü 10, 2003/2, Ü 8), reißen die Korruptionsfälle und landesweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption nicht ab. Am 27. September wurde Jiang Zemins Buch *Instructions on the Building of Party-Style and Clean Governance and the Anti-Corruption Campaign* veröffentlicht und auf einem Workshop in Beijing vorgestellt. Der Zeitpunkt der Publikation ist durchaus im Zusammenhang mit dem dritten Plenum des XVI. ZK der KPCh zu sehen (siehe entsprechende Übersicht in dieser Ausgabe), die Führungsriege wirbt für mehr Transparenz und Bekämpfung sowohl der breit gestreuten und konstanten „kleinen Korruption“ als auch der Korruption in höchsten Kreisen.

Gerade in diese Kreise gehört Tian Fengshan, 63, bislang Minister für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, der am 14. Oktober – vorläufig – entlassen wurde. Bislang gab es nur Spekulationen über die Hintergründe der Entlassung. Das Ministerium selbst enthielt sich jeden Kommentars und begründete die Entlassung Tians mit seinen „ernsten Problemen von Disziplinverletzungen“; die *Wen Wei Po* sprach von einer möglichen Verwicklung Tians in Korruptionsfälle während seiner Amtszeit in der Provinz Heilongjiang, wo er von 1995-99 als Provinzgouverneur tätig war. Möglich seien auch Unregelmäßigkeiten mit illegalen Grundstücks- und Immobiliengeschäften; dies würde den Kreis der Beteiligten in höchste Regierungskreise ausweiten, da Tian Gewährsleute haben müsste. Tian ist dieses Jahr – nach Zhang Wenkang, der als Gesundheitsminister im Zuge der SARS-Epidemie seinen Hut nehmen musste (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10), – der zweite Regierungsminister, der seit der Regierungszeit Hu Jintaos entlassen wurde.

Nachfolger Tians wurde am 28. Oktober Sun Wensheng, 61, der das Ministerium seit dem 14. Oktober kommissarisch leitet. Am selben Tag war

Tians Entlassungsurkunde von Staatspräsident Hu Jintao offiziell unterzeichnet worden. Sollte sich der gegen Tian erhobene Verdacht eines Korruptionsskandals tatsächlich bestätigen, wäre dies der höchste in Regierungskreisen seit dem Bestechungsskandal um Ex-NVK-Vorsitzenden Cheng Kejie, der im Jahr 2000 hingerichtet worden war. Während Tians Amtszeit wurde in Heilongjiang ein großer Korruptionsskandal namens „der Fall Ma De“ bekannt, in den mindestens ein Dutzend hohe Beamte verwickelt war und bei dem es um Bestechungsgelder in Höhe von 20 Mio. RMB Yuan ging.

Es bleibt abzuwarten, wie die Regierung, die Medien und die Öffentlichkeit mit diesem empfindlichen Thema umgehen werden. Grund und Boden sind in der VR China immer noch Eigentum des Staates – und Tian saß in einer Schlüsselposition, die es ihm ermöglichte, eigenmächtig mit den Verfügungsrechten in diesem korruptionsanfälligen Sektor umzugehen. Seit längerem gibt es immer wieder Protestaktionen gegen Zwangsumsiedlungen in Chinas Großstädten und gegen Amtsmissbrauch in diesem Zusammenhang. Im August, September und Oktober berichteten Agenturen und Medien des Öfteren von Inhaftierungen der Betroffenen nach Protesten, in denen diese zu geringe Kompensationszahlungen, Zwangsvertreibungen, Bestechungsfälle und Willkür sowie Schikanen staatlicher Behörden angeprangert hatten.

Xinhua berichtete am 21. Oktober, dass die Zahl größerer Korruptionsfälle leicht zugenommen habe. In den ersten acht Monaten d.J. haben die Behörden aller Ebenen 14.268 größere Korruptionsfälle chinaweit gemeldet – ein Jahreszuwachs von 4,6%. Im selben Zeitraum wurden 29.849 Fälle von Bestechung und Amts- bzw. Machtmissbrauch registriert. Im September und Oktober meldeten mehrere Quellen Hinrichtungen, Verurteilungen und Parteiausschlüsse von höheren Beamten, die in Bestechungs- und Korruptionsfälle verwickelt waren: Am 14. Oktober wurde in Chengdu, Provinz Sichuan, der frühere Vizebürgermeister von Leshan, ebenfalls Provinz Sichuan, Li Yushu, hingerichtet. Nachdem ein Volksgericht es

als erwiesen ansah, dass Li von 1996 bis 2001 Bestechungsgelder in Höhe von insgesamt 8,9 Mio. RMB Yuan (ca. 1,1 Mio. US\$) angenommen und seine Position als Vize-Bürgermeister missbraucht hatte, wurde er im Frühjahr 2002 zum Tode verurteilt.

Weiterhin wird das Todesurteil gegen Li Zhen vom Sommer 2002 aufrechterhalten. Der ehemalige Direktor der Steuerbehörde der Provinz Hebei soll Bestechungsgelder in Höhe von 8,14 Mio. RMB Yuan (ca. 980.700 US\$) angenommen sowie 2,7 Mio. RMB Yuan unterschlagen haben. Zu acht Jahren Gefängnis wurde Li Zhiwei verurteilt, da er als Manager eines Softwareentwicklungsprojektes der China National Petroleum Corporation in der Zeit von 1996-98 1,1 Mio. RMB Yuan (ca. 132.530 US\$) unterschlagen haben soll. Li Zhiwei hatte im Jahr 2002 mehr als die Hälfte des Geldes zurückgezahlt. Oft sind auch Familienangehörige in Korruptionsfälle verwickelt, die ebenfalls zu hohen Haftstrafen verurteilt werden.

Am 1. Oktober hat sich die UN-Hauptversammlung auf den Text der ersten globalen Anti-Korruptions-Konvention geeinigt, die von mehr als 40 Ländern – u.a. auch von der VR China – ratifiziert worden ist; am 9. Dezember soll sie in Mexiko unterzeichnet werden. China hofft nun, mindestens 5 Mrd. RMB Yuan (ca. 600 Mio. US\$) zurückholen zu können, die von korrupten Regierungsbeamten „gestohlen“ und nach Übersee gebracht worden sind. *Beijing Renmin Wang* spricht von mehr als 4.000 flüchtigen korrupten Regierungsbeamten, deren Namen oft nicht bekannt seien. Weiterhin zählt die Quelle mehrere gesuchte Personen auf, die z.T. dreistellige RMB-Millionenbeträge unterschlagen oder angenommen und sich dann mit dem Geld ins Ausland abgesetzt haben sollen. Die Konvention behandelt u.a. Fragen der Rückführung von ins Ausland transferierten Vermögenswerten und verpflichtet die Mitgliedsstaaten, Verhaltensregeln für Amtsträger – also auch für Abgeordnete – einzuführen. Diese sollen auch die Annahme von teuren Geschenken einschränken. Inwieweit Geldwäsche und mafiose Strukturen den chinesischen Behörden zukünftig einen Strich durch die Rechnung machen werden, bleibt abzuwarten. Ferner wird es schwierig

sein, Flüchtlinge ab- und einzufangen, sofern diese ordentliche Pässe und Papiere besitzen und sich in Länder absetzen, die die Konvention nicht ratifiziert haben. (FAZ, 26.9.03; XNA, 15., 27.9., 5., 9., 14., 17., 21., 28.10.03; *Beijing Renmin Wang*, 28.9.03, nach FBIS, 30.9.03; SCMP, 3.10.03, nach BBC PF, 4.10.03; RTHK Radio 3 audio website, 22.10.03, nach BBC PF, 23.10.03; DGB, 26.10.03, nach FBIS, 27.10.03; ST, 23.10.03; FT, 23.10.03, Xinhua, 28.10.03, nach BBC PF, 30.10.03) -cb-

7 Implementierung neuer Gesetze und Bestimmungen ab 1. Oktober 2003

Am 1. Oktober traten mehrere Regularien in Kraft, die sich auf unterschiedliche Weise auf den chinesischen Lebens- und Arbeitsalltag auswirken. Die am weitest reichenden Neuerungen enthält das Heiratsgesetz: Heirats- und Scheidungswillige benötigen keine Zustimmungserklärung der Arbeitseinheit mehr (siehe ausführlich dazu C.a., 2003/8, Ü 14). Auch die Gesundheitsuntersuchung als Voraussetzung zur Eheschließung fällt mit den neuen Bestimmungen weg. Das neue Heiratsgesetz soll die Eigenverantwortung der Bürger stärken und den Veränderungen in der Gesellschaft Rechnung tragen, was auch impliziert, dass nun Wanderarbeiter und Städter leichter heiraten können.

Chinesische Touristen dürfen ab sofort 3.000 US\$ einmalig aus China ausführen, wenn sie für weniger als ein halbes Jahr ins Ausland reisen; bei Auslandsaufenthalten von mehr als sechs Monaten dürfen sie 5.000 US\$ ausführen. Vorher durften sie einmalig nur 2.000 US\$ mitnehmen. Dies gab das Amt für Devisenverwaltung bekannt. Dieser Schritt könnte der chinesischen Regierung helfen, den Druck auf Stärkung des RMB Yuan abzumildern, der von Seiten der USA zuletzt erheblich verstärkt wurde.

Als „historischer Schritt“ wird eine neue Prüfungsbestimmung im Bereich der Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM) angesehen. Bisher brauchten TCM-Praktizierende in China keine Prüfung abzulegen; sie konnten sich auf das Erlernen der Kunst durch einen TCM-Meister berufen.

Nun dürfen TCM-Praktizierende nur noch dann ihren Beruf ausüben, wenn sie im Sinne der neuen TCM-Regularien, die bereits im April verabschiedet worden sind, eine offizielle Abschlussprüfung erfolgreich bestanden haben. Ferner soll durch diese TCM-Regularien die Entwicklung von TCM-Projekten v.a. in der Industrie vorangebracht werden.

Personen, die in das illegale Herstellen, Handeln, Transportieren, Verwenden oder Lagern von Tetramin (Tetramethyldisulfotetramin – TETS), einem hoch giftigen Rattenvernichtungsmittel (Rodentizid) auf Arsen-Basis (chinesisch: *dushuqiang*), sowie von anderen hoch giftigen Chemikalien involviert sind, erhalten hohe Haftstrafen. Die Auslegung des Gesetzes ermöglicht, ein Strafmaß von über zehn Jahren bis lebenslanger Haft oder sogar die Todesstrafe zu verhängen, wenn bei o.a. Tatbeständen das Rohmaterial der Toxide mehr als 500 g beträgt. Bei Insektiziden liegt die Grenze bei 20 kg. Zudem müssen mehr als drei Personen schwer verletzt worden oder zu Tode gekommen sein. Drei bis zehn Jahre Haft wird in Fällen ausgesprochen, in denen bei o.a. Tatbeständen das Rohmaterial der Toxide über 50 g beträgt. Bei Insektiziden liegt die Grenze hier bei mehr als 2 kg. Zudem muss eine ernsthafte Verletzung der Geschädigten oder sogar Todesfolge vorliegen.

Damit reagiert das Oberste Volksgericht auf die vielen Fälle von Lebensmittelvergiftungen der letzten Jahre durch Tetramin und andere hoch giftige Chemikalien. Bereits fünf Milligramm Tetramin können laut chinesischen Quellen einen Menschen töten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde es bei 90,5% aller Vergiftungsfälle in China verwendet. 38 Menschen starben und 395 wurden im September letzten Jahres verletzt, als ein Restaurantbesitzer einen Konkurrenten schädigen wollte, indem er dessen Speisen mit Rattengift versetzte (siehe dazu C.a., 2002/9, Ü 15). Auch in diesem September gab es wieder mehrere Verdachtsfälle von verunreinigtem Essen durch Rattengift. Bereits im Juli startete die chinesische Regierung eine landesweite Kampagne gegen die illegale Herstellung, Verwendung usw. des Rattengifts, das in ländlichen Gebieten häufig zum Ein-

satz gegen Rattenplagen kommt und dort in Geschäften auch relativ günstig vertrieben wird. Bislang konnten 23.300 kg Tetramin konfisziert werden.

Weiterhin trat am 1. Oktober ein Gesetz zur Verhütung und Kontrolle von (Nuklear-)Strahlenemissionen in Kraft. Das Gesetz dient v.a. dazu, die Öffentlichkeit bei Nuklearkatastrophen über diese und über mögliche Schutzmaßnahmen informieren zu dürfen. Erlaubt ist dies Behörden ab Kreisebene aufwärts. Ob damit auf die Nuklearunfälle in China angespielt wird (z.B. ein Leck im Kernkraftwerk Qinshan 1 in der Provinz Zhejiang im Juli 1999) oder auf die Atomversuche in der Lop-Nor-Region in der Provinz Xinjiang; mag dahingestellt sein.

Eine neue Regelung soll den Schutz der Arbeitsrechte in Chinas Hauptstadt verbessern. Das Beijinger Büro für Arbeit und soziale Sicherheit gab bekannt, dass die Stadtregierung die Kontrolle über den Einzug von Sozialversicherungsprämien verstärkt habe. Bis Mitte September habe Beijing 1.925 versicherte Firmen und Unternehmen untersucht, von denen 1.091 mit Beitragseinzahlungen im Rückstand waren, insgesamt mit einer Summe in Höhe von 143 Mio. RMB Yuan (17,4 Mio. US\$). Weitere 1.075 versicherte Unternehmen sollen bis Ende November kontrolliert werden. Ohne das Einziehen und Abführen der Sozialversicherungsprämien seitens der Arbeitsgeber verlieren Arbeitnehmer ihren gesetzlichen Versicherungsschutz.

Eine andere Bestimmung regelt ab dem 1. Oktober den Schiffsverkehr auf dem Yangzi-Fluss im Bereich der Drei Schluchten. Da der Yangzi durch Stromschnellen und Untiefen in diesem Abschnitt schwierig zu befahren ist, müssen Schiffe unbedingt den Rechtsverkehr einhalten, ansonsten werden hohe Strafen verhängt. Sollten Schiffsführer durch das Navigieren auf der falschen Seite eine Kollision hervorrufen, tragen sie die volle Verantwortung für den Unfall. Dasselbe gilt für Anker- und Anlegemanöver.

Diese Reihe neuer Gesetze zeigt, dass in China scheinbar immer noch die Tradition vorherrscht, Gesetze erst im Nachhinein auf veränderte Gegebenheiten in der Gesellschaft hin zu er-

lassen. (*Xinhuanet* 23.6.03; RMRB, 26.9.03; XNA, 8., 27., 30.9., 2., 6.10.03; WSJ, 2.9.03; *die tageszeitung*, 2./3.10.03; Xinhua, 1.10.03, nach BBC PF, 3.10.03) -cb-

8 „Nationales Fortbildungsprogramm für Wanderarbeiter bauerlicher Herkunft 2003-2010“ herausgegeben

China lancierte zum 1. Oktober einen ehrgeizigen Plan, um Wanderarbeitern bauerlicher Herkunft in den nächsten Jahren ein Hilfsprogramm bei ihrer Beschäftigung in den Städten anzubieten, nachdem im Januar 2003 am Ende der zweitägigen nationalen Arbeitskonferenz zur ländlichen Entwicklung dazu aufgerufen wurde, der Entwicklung der Landwirtschaft Priorität einzuräumen (siehe ausführlich dazu C.a., 2003/1, Ü 24, ferner C.a., 2002/9, Ü 26). Das Fortbildungsprogramm wurde in Zusammenarbeit der sechs Ministerien für Landwirtschaft, für Arbeit und Soziale Sicherheit, für Bildung, für Wissenschaft und Technik, für Bauwesen sowie des Finanzministeriums konzipiert und besteht aus vier großen Teilbereichen: 1. Hintergrund der Programmausarbeitung, 2. Leitlinien und Grundregeln, 3. Fortbildungsziele und -aufgaben, 4. politische Werbemaßnahmen zur Bekanntmachung des Fortbildungsprogramms für Wanderarbeiter.

China mit seinen zurzeit 150 Mio. (nach Einschätzung internationaler Experten; Xinhua spricht von 90 Mio.) „überschüssigen“ bauerlichen Wanderarbeitern sieht sich einer gewaltigen Aufgabe gegenüber, nämlich diese Arbeitskräfte im nicht landwirtschaftlichen Sektor unterzubringen. Statistiken zeigen, dass unter den gesamten landwirtschaftlichen Arbeitskräften nur 9,1% eine professionelle technische und fachliche Fortbildung durchlaufen haben. Von den ländlichen Migranten, die seit dem Jahr 2001 in die Städte gezogen sind, haben 18,6% eine fachliche Fortbildung absolviert.

Entsprechend des Plans, der vom Staatsrat am Monatsanfang vorgestellt wurde, sollen während der drei Jahre von 2003 bis 2005 ungefähr 10 Mio. bauerliche Wanderarbeiter eine grundlegende Ausbildung vor ih-

rer Übersiedlung in die Städte erhalten. Die Hälfte von ihnen, also ca. 5 Mio., erhalten eine zusätzliche fachliche Fortbildung. Weiterhin nehmen 50 Mio. Wanderarbeiter, die bereits in den Städten in nicht landwirtschaftlichen Bereichen arbeiten, an einem *on-the-job-training* teil. In einer zweiten Phase von 2006 bis 2010 werden 50 Mio. ländliche Migranten eine grundlegende Ausbildung erhalten; von diesen absolvieren wiederum 30 Mio. eine zusätzliche fachliche Fortbildung. In der Zwischenzeit wird das *on-the-job-training* für die bestehenden 200 Mio. bauerlichen Wanderarbeiter, die bereits in nicht landwirtschaftlichen Bereichen arbeiten, intensiviert.

Gleichzeitig gelte es, durch die intensiven Fortbildungskurse und ebenso über Rundfunk, Fernsehen und Internet die bauerlichen Wanderarbeiter in den Bereichen Schutz der grundlegenden Rechte und Interessen, juristisches Wissen, allgemeine Kenntnisse für das städtische Leben und Hilfestellungen bei der Arbeitsplatzsuche auszubilden. Hinsichtlich des Trainingsplans soll der Fokus auf Bereiche wie Haushaltsservice, Restaurant- und Hotelgewerbe, Gesundheitsvorsorge, Bauwesen und Produktion gelegt werden. Die Kosten werden gemeinsam durch die Regierung, die Arbeitseinheiten und die Wanderarbeiter selbst getragen, so der Plan. Sondermittel werden letztendlich durch die Zentral- und die Lokalregierungen auf allen Ebenen bereitgestellt.

Die Arbeitseinheiten sind angehalten, den bei ihnen beschäftigten ländlichen Migranten Fortbildungskurse anzubieten. Es ist vorgesehen, dass 1,5% des Brutto-Arbeitslohns, die für Ausbildungskosten aufgewendet werden, vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden können. Als eine Art Anreiz können qualifizierte Ausbildungsinstitutionen Beihilfen aus Fonds beantragen, um eine fachliche Fortbildung für bauerliche Wanderarbeiter durchzuführen.

Mit der beschleunigten marktwirtschaftlichen Entwicklung und der Etablierung moderner Industriezweige wird es für die bauerlichen Wanderarbeiter immer schwieriger, eine Beschäftigung in den Städten zu finden, zumal es ihnen – bisher – an grundlegenden professionellen Fähig-

keiten mangelt. Ob das Fortbildungsprogramm nützlich ist und greifen wird, muss sich zeigen. An dem grundlegenden Problem der hohen und zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Städten (siehe dazu C.a., 2003/8, Ü 17, 2003/4, Ü 28, 2003/3, Ü 31) kann auch das beste Fortbildungsprogramm nichts ändern. Zumindest werden viele der Wanderarbeiter mehr (Fach-)Bildung erhalten und ihre Arbeitsrechte und -interessen besser wahren und vertreten lernen. Am ehesten scheint es den Arbeitseinheiten möglich zu sein, den Plan umzusetzen, da sie an den Hebeln sitzen und entsprechende Kompetenzen besitzen. (Xinhua, 1.10.03, nach BBC EF, 6.10.03 und BBC PF, 2.10.03) -cb-

9 Bislang 2,42 Millionen Menschen entlang des Yangzi-Flusses umgesiedelt

Seit den schwersten Fluten der letzten Jahrzehnte im Jahre 1998 wurden seitens der Regierung massive Umsiedlungsmaßnahmen im Einzugsbereich des Yangzi ergriffen. In den Provinzen Hunan, Hubei, Jiangxi und Anhui wurden daneben auch Projekte zur Spülfeld-Rückgewinnung und zur Rückführung von Agrarland in Seengebiete konzipiert. Nun sollen seit 1998 schon 620.000 Familien bzw. 2,42 Mio. Menschen umgesiedelt worden sein, die ihr altes Zuhause entlang des Yangzi und seiner Seitenarme hatten. Durch die Spülfeld-Rückgewinnung und die Vergrößerung der Seengebiete konnte erreicht werden, dass die Wasseroberfläche des Hauptarms und der Boyang- und Dongting-Seen ca. 2.900 qkm und die mögliche Speicherkapazität der Yangzi-Fluten nun 13 Mrd. Kubikmeter betragen, so das Chinesische Internationale Komitee für Naturkatastrophen.

Wie viele Chinesen tatsächlich insgesamt einmal umgesiedelt sein werden, konnte bis vor ein paar Jahren niemand wirklich abschätzen. Zu den 2,42 Mio. vom Drei-Schluchten-Staudamm flussabwärts umgesiedelten Chinesen kommen die ca. 1,5 Mio. Menschen aus dem Einzugsgebiet des Yangzi vom Drei-Schluchten-Staudamm stromaufwärts (siehe dazu C.a. 2000/6, Ü 16). Im Juni 2003 sprach eine Quelle (XNA, 1.6.03, sie-

he C.a., 2003/6, Ü 28) von 720.000 bereits umgesiedelten Chinesen, die im Zuge des Drei-Schluchten-Staudamm-Projektes zwangsumgesiedelt werden müssen.

Auch in diesem Sommer hatte China wieder mit mehreren schweren Fluten entlang des Yangzi-, des Huaihe- und des Weihe-Flusses zu kämpfen. Allein in der Provinz Anhui mussten eine Mio. Menschen in Sicherheit gebracht werden. In der nordöstlichen Provinz Heilongjiang traten aufgrund schwerer Regenfälle im Juli ebenfalls Flüsse über die Ufer. Ministerpräsident Wen Jiabao besuchte vom 1. bis 2. Oktober die Flutopfer in den Provinzen Shaanxi (Weihe-Fluss) und Anhui (Huaihe-Fluss) und machte sich ein Bild von gebrochenen Dämmen, zerstörten Gebäuden, vernichteten Ernten und Wiederherstellungsmaßnahmen. Am 14. Oktober forderte er auf einer Sitzung des Staatsrats einen schnellstmöglichen Wiederaufbau entlang des Huaihe und Projekte für die Nutzbarmachung des Flusses..

Anfang Oktober begannen in der Provinz Anhui Umsiedlungsmaßnahmen, um ca. 300.000 Personen, die entlang des Huaihe-Flusses leben, in höher gelegene Regionen zu bringen. Jedem umgesiedelten Haushalt stünden Beihilfen in Höhe von 15.000 RMB Yuan (1.800 US\$) für ein neues Haus und 2.000 RMB Yuan (ca. 240 US\$) für Wasser- und Elektrizitätsversorgung und den Bau von Straßen zu. Die Zentralregierung plane, 1,3 Mrd RMB Yuan (157 Mio. US\$) für Umsiedlungs- und Hausbaumaßnahmen entlang des Huaihe zu investieren; in den nächsten fünf Jahren werde die chinesische Regierung 38 Mrd. RMB Yuan (4,6 Mrd. US\$) in Projekte zum Deichbau, zur Flussdrainage und -umleitung sowie zur Flutkontrolle entlang des Huaihe investieren – allein die Hälfte fließe offiziellen Angaben zufolge in die Provinz Anhui. Statistiken zeigen, dass durch die schweren Fluten des Huaihe in diesem Jahr bereits 16 Menschen ums Leben kamen und der direkte wirtschaftliche Verlust in den Provinzen Anhui, Jiangsu und Henan 18,17 Mrd. RMB Yuan (ca. 2,2 Mrd. US\$) beträgt. (XNA, 27.9., 3., 5.10.03; Xinhua, 3., 12., 19.10.03, nach BBC PF, 4., 13., 21.10.03) -cb-

10 Chinesische Zeitungsreform: landesweite Schließung von 300 Zeitungen befürchtet

Bereits am 30. Juli dieses Jahres hat die Staatliche Behörde für Presse- und Verlagswesen ein neues Reformpaket bekannt gemacht, laut dem nicht profitable Zeitungen und Zeitschriften vom Markt genommen werden sollen (siehe C.a., 2003/8, Ü 8). Am 20. August veröffentlichten die Hauptbüros des ZK der KPCh und des Staatsrats ein zu implementierendes Zirkular zur zukünftigen Neuordnung der verstreuten und übermäßigen Veröffentlichung und Verbreitung der partei- und regierungsbehördlichen Zeitungen.

Ab 30. September sollen nun nach dieser Bestimmung 300 Zeitungen auf Kreisebene geschlossen werden – ausgenommen diejenigen, deren Management dem Standard entspricht. Eine informierte Quelle der Staatlichen Behörde für Presse- und Verlagswesen meinte, dass die Wahrscheinlichkeit der Schließung von 300 Zeitungen auf Kreisebene bei mehr als 95% liege. 9-10.000 Journalisten und Reporter würden ihre Arbeit verlieren und zwischenzeitlich als Freelancer arbeiten können, die wenigsten werden aber eine neue feste Anstellung finden.

Die Arbeitsmarktsituation für Journalisten und Redakteure, die frisch von den Universitäten in die Medienbereiche strömen, ist gegenwärtig – wie für viele Hochschulabsolventen (siehe dazu C.a., 2003/8, Ü 17) – generell prekär. Zwei Aspekte spielen in diese schwierige Situation hinein: Zum einen fragen qualifizierte Medienwissenschaftler von den Elite-Universitäten solche Stellen nach, die bereits Kürzungen unterliegen, zum anderen stellt die lokale Medienindustrie vorrangig solche Arbeitnehmer ein, die propagandistisch und parteiorientiert, d.h. etwa im Stile von Xinhua, schreiben und so eine magere journalistische Qualität in den Medien auf Kreisebene verantworten. Der Großteil der Journalisten von Zeitungen auf Kreisebene haben Fachhochschul- oder sog. College-Abschlüsse, nur 30% einen Hochschul- oder Universitätsabschluss.

Ende Oktober wurden die ersten Zahlen bekannt gegeben: In der Provinz Liaoning wird die Publikation von jeweils zwei Zeitungen und Magazinen

beibehalten, während neun Magazine und 18 Zeitungen bis zum Jahresende eingestellt bzw. deren Registrierungen auslaufen werden. Acht Magazine und fünf Zeitungen schließlich werden zu anderen Einheiten transferiert.

Ob zunehmende Pressezensur (siehe C.a., 2003/6, Ü 10) oder rein wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielen, wird in der Quelle nicht weiter diskutiert. Die o.a. Gründe über die schlechte Qualität der Zeitungen auf Kreisebene mag plausibel erscheinen, rechtfertigt aber nicht deren Schließung. Es sollte vielmehr dafür Sorge getragen werden, dass fachlich hoch qualifizierte und in eigenen Denkprozessen erfahrene (d.h. nicht regierungskonforme) Medienleute eingestellt bzw. Angestellte nachhaltig besser geschult werden, um einen höheren Absatz zu garantieren und journalistischen Qualitätsstandards zu genügen. Doch gerade diese Journalisten sind unbequem und werden zensiert (siehe dazu den Beitrag von Johnny Erling: „Zwischen Zensur und Geschäft: neue Trends im Journalismus in China“, in: Margot Schüller (Hrsg.): *Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen, Analysen und Praxisberichte*, Hamburg: Institut für Asienkunde 2003, S.331-344).

Folgende Schulungsmaßnahmen, wie sie von Xinhua präsentiert werden, erfüllen diese Bedingungen sicherlich nicht: Mitte September fand in Beijing der erste Fortbildungskurs für über 70 „regierungstreue“ Chefredakteure von Parteizeitungen sowie Direktoren von Radio- und Fernsehsendern – alle auf und über Provinzebene – statt, auf dem die Wichtigkeit der „Drei Repräsentationen“ (*san ge daibiao*) und marxistische Medien- und Journalismuskonzepte sowie „die Beibehaltung des engen Kontakts der Journalisten mit der Realität“ gelehrt wurden. Am 20. Oktober fand dann in Beijing der zweite Fortbildungskurs gleichen Inhalts statt, 90 Chefredakteure und Direktoren nahmen teil. Bemängelt wurden die Ursachen und Hintergründe für die derzeit schlechte Qualität der Medien, insb. der Zeitungen. Es ist fraglich, wie der Begriff des auf der Schulung geforderten Modernisierungskurses mit dem der marxistischen Propagandaarbeit innerhalb der Medien einhergehen kann.

Im Oktober wurde berichtet, dass im November in Beijing – erstaunlicherweise – eine neue Zeitung auf den reichlich gesättigten Markt kommt, auf dem doch viele Schließungen befürchtet werden: die *Jing Bao*, (*Beijing News*). Sie ist das Produkt eines ersten überregionalen Joint Ventures in China zwischen der Guangming Daily Group aus Beijing und der Southern Metropolis News Group aus Guangzhou und stellt damit erstmals eine Kooperation außerhalb der Nachrichten-Poolressourcen dar. Die Zeitung sieht ihren zukünftigen Erfolg darin begründet, dass sie ein Umfeld für Talente kreiere, die hier erst zur Entfaltung kommen werden. Die *Jing Bao* – eigentlich sollte sie *Beijing Shibao* (*Beijing Times*) getauft werden – hat einen historischen Namensbezug: Die erste *Jing Bao* wurde 1918 von Shao Piaoping publiziert, einem Pionier des modernen chinesischen Journalismus. 1926 wurde er durch Warlord Zhang Zuolin wegen der „Verbreitung subversiver linker Propaganda“ hingerichtet.

Von offizieller Seite wurde im Oktober nochmals bestätigt, dass chinesische Versionen von ausländischen Magazinen in der VR China nicht publiziert und vertrieben werden dürfen, wohl aber in Hongkong, Taiwan und anderen Ländern. Bislang wurde nur eine einzige Lizenz für eine chinesische Magazin-Version vergeben – und zwar an das US-Magazin *Business Week* im Jahr 1986. Chinesische Zeitschriften können mit ausländischen Verlagen kooperieren und einen gewissen Anteil des ausländischen Magazins für eigene Publikationen entnehmen, so z.B. Modemagazine bis zu 50%. Bislang haben 37 Verlage die Erlaubnis der Staatlichen Behörde für Presse- und Verlagswesen erhalten, mit ausländischen Partnern zu kooperieren. (*Beijing Renmin Wang*, 23.9.03, nach FBIS, 23.9.03; RMRB website, 24.9.03, nach BBC PF, 19.10.03; Xinhua, 26.9., 20.10.03, nach BBC PF, 4., 28.10.03; XNA, 12.10.03; DGB website, 26.10.03, nach BBC PF, 28.10.03; SCMP, 28.10.03) -cb-

11 Limitierungen für den Besitz privater Autos in Beijing geplant

Vor mehr als einer Dekade waren Autos mit Privatplaketten in Beijing und anderen Großstädten Chinas noch die absolute Ausnahme. Seitdem und vor allem seit Chinas Zehntem Fünfjahresplan (2001-2005), der Chinas Familien zum Kauf von privaten Autos ermunterte, nimmt die Zahl der Autos in Privatbesitz in China rasant zu. Allein in Beijing gibt es zurzeit ca. 800.000 private Autos, insgesamt sind in Chinas Hauptstadt zwei Mio. Autos registriert. Bevor der Verkehr mit seinen fast ganztägigen Staus völlig kollabiert, sollen in Vorbildfunktion Maßnahmen zur Entspannung der Verkehrssituation überlegt werden. Denn das Problem von verstopften Straßen und Dauerstaus sowie den dazugehörigen Umweltproblemen (Ausstoß von Schadstoffen, Geräuschpegel, Sozialstress) ist inzwischen in weiten Teilen des Landes bekannt.

Die Städtische Verkehrsbehörde Beijings erarbeitet nun mit verschiedenen universitären Einrichtungen ein „intelligentes Transportsystem“, das u.a. vorsieht, dass der Besitz privater Autos in Beijing limitiert und eine Abgabe für den Besitz privater Autos erhoben werden könnte, da der Bau neuer Straßen an seine Grenzen gestoßen sei. Bis 2008 soll so in Beijing, wo dann die Olympischen Spiele stattfinden werden, ein neues System für den Personennahverkehr entstehen, um eine koordiniertere Entwicklung von Verkehr, Stadt, Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu fördern. Sogar eine „Gebühr für Verkehrsstaus“ sollen private Autobesitzer abführen, was in der Öffentlichkeit zurzeit heftig diskutiert wird. Einerseits werde der Besitz von Privatautos propagiert, andererseits soll er eingeschränkt werden, so ein Bewohner Beijings. Limitierungen sollten alle Typen von Autos treffen; bei der Einrichtung von Mautschranken würden die Straßen gleich zu Großparkplätzen werden und somit gar nichts mehr gehen.

Weiterhin seien Einschränkungen für die ca. 6.300 Taxis der Hauptstadt, die einen großen Teil des Tages leer fahren, möglich; die Beijinger seien aufgefordert, mehr öffentliche Transportmittel zu benutzen – eine Farce

in Anbetracht der Tatsache, dass die Busse aufgrund der Staus überhaupt nicht vorankommen und das U-Bahnnetz noch zu weitmaschig ist.

Ob wirklich eine „koordiniertere Entwicklung“ möglich ist, mag angesichts des rasanten Anstiegs der Zahl der Autos ganz allgemein als sehr schwierig erscheinen. Die Autolobby wird auch in China zunehmend stärker, die Städter möchten auf ihr Auto nicht verzichten – ist es doch auch Statussymbol. Und – wie weltweit vorgelebt – regt der (Aus-)Bau von Straßen zum Kauf von noch mehr Autos an. Limitierungen für den Besitz privater Autos scheinen aber nur dann greifbar und durchsetzbar zu sein, wenn Alternativen geboten werden. Da der Bustransport in Chinas Hauptstadt ebenfalls bereits an seine Kapazitäten gekommen ist, ist der Ausbau des Beijinger U-Bahnnetzes, wie auch der der U-Bahnnetze anderer chinesischer Großstädte (siehe dazu C.a., 2002/5, Ü 22), nun dringend erforderlich. Beijing mit seinen 14-15 Mio. Einwohnern verfügt bislang über nur drei U-Bahnlinien.

Mit dem Bau der Linien 1 und 2 wurde Mitte der 60er Jahre begonnen; Linie 1 (West-Ost, heute 38 km Länge) wurde 1972 in Betrieb genommen, Linie 2 (Ring-U-Bahn, 16 km Länge) im Jahr 1987. Die 40,8 km lange, halbkreisförmig verlaufende „Cityrail“-Linie Nr.13 wurde gerade fertig gestellt, die 27,6 km lange U-Bahnlinie Nr.5, die den Norden Beijings mit dem Süden verbindet, ist im Bau (der von zahlreichen technischen Problemen und Unfällen begleitet wird; z.B. starben am 9.10.03 drei Bauarbeiter, als 26 m unter Tage ein Stahlträger verrutschte). Im September 2003 wurde ferner bekannt gegeben, dass der Startschuss für den Bau der Linien 4 (Nord-Süd, ca. 28,2 km Länge) und 10 (Nordwest-Südost, ca. 24,6 km Länge) gefallen und mit der Fertigstellung im Jahr 2007 zu rechnen sei – rechtzeitig zu Beginn der Olympischen Spiele. Die Beijinger Stadtregierung sucht u.a. für diese beiden Projekte private Investoren. Die Linie 1 soll zudem in Richtung Osten um 17,2 km verlängert werden. (XNA, 12.9., 6.10.03; Xinhua, 9.10.03, nach BBC PF, 10.10.03; CD, 6.10.03, nach *China Fokus website*, 6.10.03; *China Radio International website*, 7.10.03) -cb-

12 Nuklear-Mediziner wegen Iridium-Anschlags auf seinen Geschäftspartner zum Tode verurteilt

Am 2. Oktober wurde in Guangzhou, Provinz Guangdong, der Experte für Nuklearmedizin, Gu Tianming, zum Tode mit zwei Jahren aufschiebender Wirkung verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, im Büro seines Geschäftspartners vorsätzlich radioaktives Material in die Zimmerdecke eingebracht zu haben, um Rache für eine nicht näher benannte Streitangelegenheit zu nehmen.

Der 40-jährige Gu führte mit seinem Kollegen Liu seit Juni 1997 zusammen das Laser-Medizin-Zentrum eines örtlichen Krankenhauses. Nach einem Streit mit Liu entschied er im Mai 2002, mit Hilfe seines Mitarbeiters Fang Zhenhua Iridium 192 in die Zimmerdecke des Büros von Liu einzubringen, was bei Letzterem durch eine erhöhte Anzahl weißer Blutkörperchen, Ermüdung, Appetitlosigkeit und Übelkeit massive Beschwerden hervorrief. Gu konnte an das Iridium gelangen, indem er eine Genehmigung für den Erwerb einer industriellen Iridium-Maschine fälschte. Inzwischen hat das radioaktive Iridium, das bei einer Durchsuchung des Büros gefunden wurde, 74 Krankenhausmitarbeiter verstrahlt, bei einer schwangeren Kollegin wurden anomale Chromosomen festgestellt. Fang erhielt eine Haftstrafe von 15 Jahren.

Dieser Racheakt ist einer der bislang seltenen Fälle in China, wo höchst fahrlässig mit hoch radioaktivem Material umgegangen wird. Ob angesichts der Straftat die Verhängung der Todesstrafe gerecht ist, unabhängig von einer grundsätzlichen Befürwortung oder Ablehnung der Todesstrafe, erscheint fast zweitrangig. Viel wichtiger ist zu klären, wie unsachgemäß mit Kompetenzen und Autoritäten umgegangen werden konnte. Gu saß sicherlich in einer Schlüsselposition und nutzte seine Macht aus, um auf scheinbar „legale“ Weise an das Iridium zu kommen. Allerdings scheint in diesem Fall eine – zunächst nachlässig erscheinende – Kontrolle tatsächlich schwierig gewesen zu sein, denn für einen Nuklearmediziner ist der Umgang mit radioaktivem Material Alltag; der Nachweis zur Nutzung

der Maschine scheint plausibel. (XNA, 2.10.03) -cb-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 3. ZK-Plenum fordert Reformen im wissenschaftlichen, kulturellen und Bildungsreich

Das 3. Plenum des XVI. Zentralkomitees der KPCh vom 11. bis 14. Oktober hat in seiner Entschließung zur Verbesserung der sozialistischen Marktwirtschaft auch Aussagen zur Reform von Wissenschaft, Kultur und Bildung getroffen, da die weitere wirtschaftliche Entwicklung nur mit Hilfe eines Systems möglich sei, von dem Talente aller Art gefördert, angezogen und gehalten werden (XNA, 21.10.03). Im Einzelnen wurde auf folgende Aufgaben hingewiesen:

- Die Schaffung eines nationalen Innovationssystems müsse beschleunigt werden, um die optimale Allokation und die umfassende Nutzung wissenschaftlicher und technologischer Ressourcen zu ermöglichen. Bei Innovationen und Wissenschaftsinvestitionen sollten auch Unternehmen eine dominierende Rolle einnehmen.
- Das Bildungssystem müsse eine moderne nationale Struktur erhalten und auch lebenslanges Lernen einschließen. Nur so seien die Bürger in die Lage zu versetzen, eine Beschäftigung aufzunehmen, Innovationen hervorzubringen und Unternehmen zu gründen. Und dann könne der reichliche Vorrat an Humanressourcen sich vorteilhaft auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. In diesem Sinne müsse das Bildungswesen unter Mobilisierung aller Mittel, seien sie öffentlich oder privat, entwickelt werden.
- Auf kulturellem Gebiet sollen die gesellschaftlichen Vorteile